



Überlebt der Feldhamster?

Naturschützer in Rheinland-Pfalz wollen Nagetiere retten. Seite 5

Das Romanticum ist beliebt, wird aber Ende des Jahres geschlossen

Koblenz-Touristik benennt Gründe. Seite 15

Das große Sommergewinnspiel!
Tagespreis: 500 Euro!
Heute in Ihrer Zeitung.

Scharfe Kritik an neuem Jagdgesetz

Offener Brief richtet sich an Umweltministerin

■ **Rheinland-Pfalz.** „Der Entwurf des neuen Landesjagdgesetzes muss so schnell wie möglich vom Tisch“, mit dieser Forderung wendet sich der Landesverband der Berufsjäger in einem Offenen Brief an die rheinland-pfälzische Umweltministerin Katrin Eder (Grüne). Viele jagdliche Verbände, die für mehr als 240 000 Mitglieder in ihren Reihen sprechen, unterstützen das Schreiben. eck Foto: Philipp Schulze/dpa

Mehr auf Seite 3



Kompakt

Curevac und Biontech streiten um Patent

■ **Mainz/Düsseldorf.** Vor dem Landgericht Düsseldorf sind zwei deutsche Impfstoffpioniere mit sehr unterschiedlichem Schicksal aufeinandergetroffen. Das Mainzer Unternehmen Biontech machte in den Corona-Jahren mit seinem Impfstoff Milliardenumsätze. Das Tübinger Unternehmen Curevac scheiterte dagegen nach hoffnungsvollem Start daran, selbst rechtzeitig einen Corona-Impfstoff auf den Markt zu bringen. Die Tübinger nehmen jedoch für sich in Anspruch, Grundlagentechnologien entwickelt zu haben, die maßgeblich zur Entwicklung sicherer und wirksamer Covid-19-Impfstoffe beigetragen haben, und werfen Biontech Patentrechtsverletzungen vor. Jetzt wollen sie Schadensersatz.

Mehr auf Seite 4

Baldauf warnt vor Cannabis-Legalisierung

■ **Rheinland-Pfalz.** Vor den Beratungen zum neuen Cannabisgesetz im Bundeskabinett am heutigen Mittwoch warnt der Landesvorsitzende der CDU Rheinland-Pfalz, Christian Baldauf, erneut vor den weitreichenden Folgen der Ampelpläne: „Cannabis ist eine gefährliche Droge, oft die Einstiegsdroge für Jugendliche. Ich halte eine Legalisierung für den völlig falschen Weg“, so Baldauf laut einer Mitteilung. Zuletzt hätten auch Polizeigewerkschaft und Richterbund angezweifelt, dass damit der Schwarzmarkt zurückgedrängt werde. red

Lesen Sie ein Pro und Kontra zur Legalisierung von Cannabis auf Seite 7

Die gute Nachricht

Rheinland-Pfalz ist ideal für Wandertouren

In Rheinland-Pfalz wandert es sich laut einer Umfrage am schönsten: Gleich drei Tagestouren aus dem Bundesland haben sich bei der Abstimmung zu Deutschlands schönstem Wanderweg 2023 durchgesetzt. Platz eins der Tagestouren belegt die Wasserfall-Erlebnisroute in der Vulkaneifel, wie die Zeitschrift „Wandermagazin“ mitteilte. „Eine anspruchsvolle Wanderung zum höchsten Wasserfall der Eifel“ – so wird die Wasserfall-Erlebnisroute auf der Homepage der Vulkaneifel beschrieben. Auf rund 13 Kilometern können Wanderer hier durch die Eifel laufen. Auf Platz zwei schaffte es der Auenlandweg im Westerwald. Der drei Kilometer lange Rundweg führt an geschnitzten Holzfiguren vorbei, die an die Fabelwesen aus den Romanen von J.R.R. Tolkien erinnern sollen. Platz drei belegt das Lecker Pfädchen im Hunsrück. Auf der Strecke warten drei Getränkestationen und viele Picknickplätze auf durstige Wanderer. Auf Platz eins der Kategorie



Foto: Henning Kaiser/dpa

Vertrauen in den Staat sinkt dramatisch

Das wirkt sich auf die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes aus, die beschimpft, bedroht und angegriffen werden

Von Ulrich Steinkohl und David Grzeschik

■ **Berlin.** Unterrichtsausfall an den Schulen, überforderte Kommunen bei der Flüchtlingsaufnahme, ewige Wartezeiten für Termine bei Behörden – die Problemliste des deutschen Staates ist lang. Und das hat Folgen für das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in seine Handlungsfähigkeit: Es ist nach einer am Dienstag veröffentlichten Umfrage auf einen neuen Tiefstand gesunken. In der Forsa-Erhebung für den Deutschen Beamtenbund (dbb) halten nur noch 27 Prozent der Befragten den Staat für fähig, seine Aufgaben zu erfüllen. Das sind 2 Prozentpunkte weniger als im vergangenen Jahr. 69 Prozent sehen ihn als überfordert an, vor einem Jahr waren 66 Prozent dieser Meinung.

Diese Zahlen seien „erschreckend“, sagte der dbb-Vorsitzende Ulrich Silberbach, „weil wir natürlich in einer Zeit leben, wo wir merken, dass die Bürgerinnen und Bürger Orientierung brauchen, dass die Bürgerinnen und Bürger auch Führung brauchen“. Der Gewerkschafter konnte sich einen Seitenhieb auf Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) nicht verkneifen: „Es gibt jemanden im Kanzleramt, der hat gesagt, wer bei mir Führung bestellt, der bekommt sie. Das scheint sich bei den Bürgerinnen und Bürgern

noch nicht so eingestellt zu haben.“ Laut Silberbach müssen die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes den Ärger ausbaden.

Mehr als die Hälfte von ihnen (54 Prozent) sei im Dienst schon beschimpft, bedroht oder tätlich angegriffen worden. Es gebe gesellschaftliche Gruppen, die sich mittlerweile einen Spaß daraus machten, beispielsweise Rettungskräfte in einen Hinterhalt zu locken, sagte Silberbach. Diese würden dann – wie in der Silvesternacht in Berlin geschehen – Raketen verschießen oder Beamte in Schlägereien verwickeln, sagte Silberbach im ARD-„Morgenmagazin“.

„Klare Kante“ gegen Gewalt

Besorgt über das hohe Gewaltniveau zeigte sich der stellvertretende Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Michael Mertens. „Man muss feststellen, dass unsere Kolleginnen und Kollegen in ihrem Alltag oftmals als Blitzableiter für Politikverdrossenheit und zunehmende Demokratieferne herhalten müssen“, sagte er unserer Zeitung. 2022 seien jeden Tag statistisch gesehen rund 94 polizeiliche Vollstreckungsbeamte Opfer eines tätlichen Angriffs geworden.

Silberbach forderte von Vorgesetzten und der Politik eine „klare Kante“ gegen Gewalt gegenüber Mitarbeitern im öffentlichen Dienst.

Dazu gehöre einerseits ausreichend Personal bei den Sicherheitskräften und der Justiz, um dem Herr zu werden. Notwendig sei aber auch ein Bekenntnis zum öffentlichen Dienst. So dürften Polizisten nicht permanent unter Generalverdacht gestellt werden, wenn sie in bestimmten Situationen auch Gewalt anwenden müssten. Schließlich liege das Gewaltmonopol beim Staat.

„Wir erwarten von der Politik, dass sie die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes ihre Arbeit machen lässt“, sagte der dbb-Chef. Neben einer ausreichenden Personal-

nalausstattung und einer leistungsgerechten Bezahlung gehöre auch das Themenfeld Digitalisierung dazu. Hier sei der Abbau der Bundesmittel von 377 Millionen auf bescheidene 3,3 Millionen Euro das „vollkommen falsche Signal“.

Besonders schlecht ist das Ansehen des Staates in Ostdeutschland. Dort sind 77 Prozent der Befragten davon überzeugt, dass er hinsichtlich seiner Aufgaben und Probleme überfordert ist – im Westen sind es immerhin noch 68 Prozent. Die schlechteste Meinung haben AfD-Anhänger. Von ihnen sehen gerade einmal 6 Prozent den Staat in der Lage, seine Aufgaben zu erfüllen. Bei Anhängern von CDU und CSU sind es der Umfrage zufolge noch 22 Prozent, bei Anhängern der FDP 34, bei der SPD 46 und bei den Grünen 52 Prozent.

Bei der Frage, auf welchen Feldern der Staat überfordert sei, hat es eine signifikante Veränderung gegeben. Während 2022 kurz nach dem Beginn des Ukraine-Krieges mit 17 Prozent die Energieversorgung ganz oben stand, ist es jetzt mit 26 Prozent die Asyl- und Flüchtlingspolitik. Die Energieversorgung kommt nur noch auf 7 Prozent. Sehr oft genannt werden auch die Schul- und Bildungspolitik (19 Prozent) sowie der Klima- und Umweltschutz (17 Prozent).

Als wichtigste Aufgaben des Staates nannten wie im Vorjahr die

meisten Befragten das Aufrechterhalten der sozialen Gerechtigkeit in der Gesellschaft. Investitionen für den Klimaschutz wie den Ausbau der erneuerbaren Energien nannten diesmal deutlich weniger Bürger (minus 7 Prozent) als sehr wichtige Aufgabe.

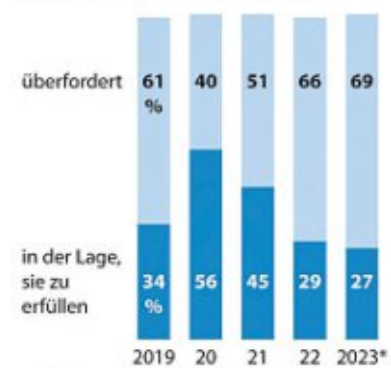
Brüche in der Gesellschaft

Laut Forsa-Chef Manfred Güllner enthalten die Zahlen Hinweise auf Brüche in der Gesellschaft. Dies zeige sich etwa daran, welche staatliche Aufgaben als wichtig angesehen würden. Im Westen nannten 47 Prozent der Befragten Investitionen in den Klimaschutz, im Osten nur 37 Prozent. Die Entlastung der Bürger wegen der gestiegenen Preise vor allem für Energie ist im Osten für 50 Prozent der Bürger sehr wichtig, im Westen nur für 37 Prozent. Die Schaffung gleicher Lebensverhältnisse in Stadt und Land sehen im Osten 43 Prozent der Menschen als sehr wichtig an, im Westen nur 27 Prozent.

Ein sehr starkes Auseinanderklaffen ist bei den Ansichten der Grünen- und der AfD-Anhänger zu beobachten. „Das macht mir Angst, dass wir eine so starke, extreme Polarisierung haben“, sagte Güllner. So spiele etwa der Ausbau der erneuerbaren Energien für AfD-Anhänger so gut wie keine Rolle (11 Prozent), für Grünen-Anhänger sei er das Wichtigste (88 Prozent).

Die Umfrage im Detail

So viel Prozent der Bevölkerung Deutschlands glaubt, der Staat ist in Bezug auf seine Aufgaben und Probleme ...



Luftwaffe mustert Pannenflieger vorzeitig aus

Außenministerin Baerbock musste Reise in Pazifik-Region wegen Defekt an Regierungsmaschine abbrechen

■ **Berlin.** Nach Pannen an der Regierungsmaschine von Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) mustert die Bundeswehr zwei Flugzeuge vorzeitig aus. Künftig sollen statt der Flieger vom Typ A340 neuere A350 für Langstrecken genutzt werden, wie ein Sprecher der Luftwaffe mitteilte. „Wir werden die beiden A340 so schnell wie möglich, das heißt in den kommenden Wochen, vorzeitig außer Dienst stellen“, sagte er. Baerbock musste ihre Reise in die Pazifik-Re-

gion wegen der Defekte unterwegs abbrechen und reiste per Linienflug nach Deutschland zurück.

Das Besondere an den Regierungsfliegern ist, dass sie speziell umgerüstet worden sind. Neben normalen Sitzen im hinteren Bereich gibt es vorne Business-Class-Sitze sowie einen Konferenzbereich. Dazu kommt ein Arbeits- und Privatbereich für den jeweils wichtigsten Politiker auf dem Flug mit Schlafzimmer und Bad. Den Eindruck, dass es häufiger Pannen bei

Regierungsfliegern als bei Linienmaschinen gibt, weist das Verteidigungsministerium in Berlin entschieden zurück: „Dem ist mitnichten so. Wir sind ganz normal auf dem technischen Niveau einer renommierten Airline.“

Dennoch löste die erneute Panne in Berlin eine Debatte über die Flugbereitschaft aus. So verlangte die Chefhaushälterin der Linksfraktion, Gesine Löttsch, im „Spiegel“ deren Abschaffung und den Umstieg auf Linienflüge. „Die

Flugbereitschaft ist teuer, unzuverlässig und verursacht einen überproportionalen ökologischen Fußabdruck. So wird das nichts mit der Rettung des Klimas und des Bundeshaushaltes“, erklärte sie. Die FDP-Verteidigungspolitikerin Marie-Agnes Strack-Zimmermann nannte die Pannen „einfach nur peinlich“ und forderte die Beschaffung neuer Flugzeuge.

Jörg Blank, Theresa Münch

Mehr auf Seite 7

INHALTSVERZEICHNIS

Wirtschaft	8/9
Mein Abo, mein Vorteil	10
Kultur	11
TV-Programm	12
Intermezzo: Roman, Horoskop	25

DIGITALES

www.rhein-zeitung.de
www.facebook.com/rheinzeitung
www.instagram.com/rheinzeitung

WIR FÜR SIE

Aboservice Tel: 0261/9836 2000
Anzeigen Tel: 0261/9836 2003
Redaktion Tel: 0261/9836 5000



Offener Brief: Jäger üben scharfe Kritik am Jagdgesetz

Verbände mit 240 000 Mitgliedern unterstützen Schreiben der Berufsjäger an Landesumweltministerin – Ihr Ziel: Die Novelle zu stoppen

Von Maximilian Eckhardt

■ **Rheinland-Pfalz.** Die Kritik am Entwurf des neuen Landesjagdgesetzes wächst weiter: Nun spricht sich auch der Landesverband der Berufsjäger entschieden gegen die Novellierung aus. Der Offene Brief, der unserer Zeitung exklusiv vorliegt, soll an diesem Mittwoch per E-Mail an Umweltministerin Katrin Eder verschickt werden. „Wir fordern, den Gesetzesentwurf zurückzunehmen und gänzlich neu zu entwerfen“, sagt Christoph Hildebrandt im Gespräch mit unserer Zeitung. Als Erster Vorsitzender ist er die Stimme des Landesverbands der Berufsjäger mit Sitz in Badenheim (Kreis Mainz-Bingen) und seiner 140 Mitglieder in ganz Rheinland-Pfalz.

Die Forderung des Verbandes findet laut Hildebrandt große Zustimmung. Als Unterstützer zählt er nicht nur Landesverbände, sondern auch Bundesverbände sowie internationale Verbände auf: So werden neben dem Landesjagdverband auch der Jagdgebrauchshundeverband, der Jagdaufseherverband, der Deutsche Jagdverband, der Deutsche Falknerorden, die Fachgruppe Hochwild-Hegegemeinschaften im Landesjagdverband, der Landesfischereiverband, der Bund Bayrischer Berufsjäger, der Internationale Rat zur Erhaltung des Wildes und der Jagd sowie die Game Conservancy Deutschland und die Action Interregionale Nature et Chasse im Offenen Brief genannt. „Hinter diesen Institutionen versammeln sich mehr als 240 000 Mitglieder und deren Familien“, erklärt Hildebrandt und verdeutlicht: „Es ist höchste Zeit, dass die Politik die Kritik ernst nimmt und reagiert.“ Umweltministerin Eder könne nicht weiter die Augen verschließen.

Eines der „modernsten“ Gesetze

Wie die Grünen-Politikerin vor einigen Wochen verkündete, mache sich Rheinland-Pfalz mit dem Regierungsentwurf auf den Weg, eines der modernsten Jagdrechte in Deutschland zu entwickeln. In Kraft treten soll das neue Regelwerk aber erst im Jahr 2025.

„Das Ganze ist inakzeptabel. Der Gesetzesentwurf muss so schnell wie möglich vom Tisch“, verdeutlicht Hildebrandt. Er selbst hat vor mehr als 40 Jahren die staatlich anerkannte Ausbildung zum Revierjäger absolviert, sich zum Wildmeister hochgearbeitet. Revierjäger, auch Berufsjäger genannt, arbeiten für kommunale, staatliche und private Jagd- und Forstbetriebe. Sie gelten als Experten ihres Faches, sind professionell und fachkundig. Dabei reichen ihre Aufgaben weit über die waidgerechte Jagd hinaus. Berufsjäger führen Maßnahmen zum Schutz und zur Förderung von Biotopen, Pflanzen und Tieren durch. Durch Lebensraum verbessernde



Christoph Hildebrandt (links) und Nico Schulze vom Landesverband der Berufsjäger halten den Brandbrief an Umweltministerin Katrin Eder in Händen. Darin fordern sie die Grünen-Politikerin auf, den Entwurf des neuen Landesjagdgesetzes zurückzunehmen. Das Schreiben stößt in Reihen verschiedener jagdlicher Verbände, die gemeinsam mehr als 240 000 Mitglieder hinter sich versammeln, auf große Zustimmung.

Foto: Maximilian Eckhardt

Maßnahmen werden Wildschäden vorgebeugt und diese verhindert.

„Das bestehende Jagdgesetz ist wie eine Bibel für uns Berufsjäger“, erklärt Hildebrandt und verdeutlicht: „Was darin geschrieben steht, findet Anwendung. Es ist unser tägliches Brot.“ Für seine Berufsgruppe sind unter anderem der Tierschutz, die Artenvielfalt sowie das Reviersystem als Basis des großräumigen Wildtiermanagements und nicht zuletzt die tierschutzgerechte Jagdhundeausbildung die zentralen Elemente einer modernen Jagdgesetzgebung, „für

die wir als Berufsjäger stehen und deren Umsetzung wir vom Gesetzgeber einfordern“, betont der 55-Jährige. Diese Punkte seien nicht verhandelbar.

Zwar hätten im Vorfeld der Entstehung des 118-seitigen Gesetzesentwurfes die Verbände und andere Experten fachlich mitwirken dürfen, in Form von Stellungnahmen, im Anschluss tagten Arbeitskreise. Aber schon da herrschte die überwiegende Meinung, das Jagdgesetz aus dem Jahr 2010 in den Grundzügen zu bewahren, statt ein komplett neues zu schaf-

fen, wie sich Hildebrandt erinnert. „Wir alle wissen, dass das aktuelle Jagdgesetz alles Wichtige regelt und sich seit Jahren bewährt hat“, konstatiert der Berufsjäger und gibt sich enttäuscht: „Statt an einigen Stellen nachzubessern, will die Politik nun etwas völlig Neues durchsetzen. Und darin finden sich kaum Vorschläge der Verbände wieder.“

In seinen Augen trägt der Gesetzesentwurf zu stark die Handschrift der „ideologischen Forstpartie“. „Drei Viertel drehen sich nur um den Wald. Aber was ist mit

den übrigen Flächen wie den Feldern? Die werden vernachlässigt“, sagt er kopfschüttelnd.

Die Ampelkoalition in Mainz sieht durch die Neufassung des Jagdgesetzes im Wesentlichen die Rechte der Grundbesitzer gestärkt, die behördlichen Strukturen entlastet, neuartige wildökologische Erkenntnisse umgesetzt sowie den Natur- und Tierschutz gestärkt. Der Landesverband der Berufsjäger ist davon überzeugt, dass der Gesetzesentwurf alle diese Ziele verfehlen, zu großen Teilen ihr Erreichen sogar unmöglich machen wird.

Tag der Entscheidung

Der Landesjagdverband (LJV) trifft sich am Freitag, 18. August, zu einer Sonderdelegiertentagung in Neuwied, um das weitere Vorgehen zu beratschlagen. „Wegweisende Entscheidungen“ kündigt der LJV für das Treffen in der Stadthalle Heilmathaus an, wie Präsidiumsmitglied Tobias Hahn sagt. Der „Regierungsentwurf zum neuen rheinland-pfälzischen Landesjagdgesetz ist inakzeptabel“, heißt es in der Einladung. Auch Jägerinnen und Jäger aus anderen Bundesländern nehmen mehr und mehr die Tragweite des Gesetzesentwurfs wahr, berichtet Hahn, Vertreter aus anderen Bundesländern und vom Bundesverband werden erwartet. *dpa, red*

Landesverband der Berufsjäger: „Der Tierschutz wird mit Füßen getreten“

Entsetzt zeigt sich der Landesverband der Berufsjäger darüber, dass laut Entwurf des neuen Landesjagdgesetzes der Muttertierschutz für bestimmte Wildtierarten außer Kraft gesetzt werden soll. „Der Tierschutz wird mit Füßen getreten“, sagt Nico Schulze, der Zweite Vorsitzende des Verbandes. Wie er berichtet, sieht der Gesetzesentwurf unter anderem vor, sogenannte Duldungsgebiete festzulegen. Zwar würden innerhalb dieser Zonen weiterhin Jagd- und Schonzeiten für Muffelwild und Damwild gelten. „Aber sobald sie diese Räume verlassen, sind sie vogelfrei. Und müssen erlegt werden“, erklärt Schulze und verdeutlicht: „Wir



Die Berufsjäger sorgen sich auch um Muffelschafe und ihre Lämmer.

Foto: G. Feldmann/Adobe Stock

werden quasi per Gesetz verpflichtet, hochrätige Muttertiere, die kurz vor der Geburt stehen, und sogar die Neugeborenen zu töten. Andernfalls drohen uns Strafen.“ Für den 36-jährigen Berufsjäger werde damit eine Grenze überschritten. „Da machen wir nicht mit! Das hat mit Ethik und Moral nichts mehr zu tun. Wir Jäger sind dem Tierschutz verpflichtet“, stellt er klar. Und weiter: „Sollen mithilfe des neuen Gesetzes diese Tiere ausgerottet werden?“, fragt er sich. Damwild lebe seit der Eiszeit hier, Muffelwild seit dem Mittelalter, wie auf der Internetseite von Landesforsten Rheinland-Pfalz nachzulesen ist. *eck*

Der Offene Brief rückt die wichtigsten Argumente der Berufsjäger in den Mittelpunkt. So seien vor allem die deutlichen Einschränkungen des bewährten Reviersystems, die das neue Jagdgesetz vorsieht, untragbar. Demnach dürften künftig Grundstückseigentümer, die selbst Jagdscheinhaber sind, neben dem Jagdpächter auf ihrem Grund jagen. „Dadurch wird jede konzeptionelle Bestrebung des Jagdpächters zu fach- und sachgerechtem Wildmanagement verhindert“, sagt Hildebrandt.

Hoher Jagddruck befürchtet

Und weiter: Das Gesetz verpflichte Jäger zu mehr Abschüssen. „Wir befürchten dadurch einen hohen Jagddruck. Das Wild kommt durch pausenlose, scharfe Bejagung nicht mehr zur Ruhe.“ Wild werde sich zwangsläufig zurückziehen, auf kleinen Flächen leben und konzentriert Wildschäden verursachen. „Dass Spaziergänger auch tagsüber Rehe, Fasane, Muffel und andere Tiere in der Natur antreffen, ist Ausdruck dafür, wie gut es einem Revier geht. Dieses ist auf ein gutes Jagdmanagement zurückzuführen.“ Und genau das werde sich mit dem neuen Gesetz nach und nach ändern. Die Erlebbarkeit der Wildtiere werde verloren gehen, weil das Wild von der Bildfläche verschwinde, gibt sich Hildebrandt überzeugt.

Auch fragt er sich, warum überhaupt noch jemand für viel Geld ein Jagdrevier pachten soll. „Wer kümmert sich dann um eine fachgerechte Bewirtschaftung? Und wer kommt für die Wildschäden auf? Das bleibt alles an den Eigentümern hängen“, befürchtet der Berufsjäger. Und die fehlenden Pachteinahmen würden natürlich auch zulasten der Gemeinden und Grundstückseigentümer gehen. „Mit diesen Einnahmen werden Feld und Waldwege instand gehalten“, nennt er als Beispiel. Er ist überzeugt davon, dass die großräumige, professionelle und wildbiologisch ausgerichtete Wildbewirtschaftung die Zielsetzung der Gesetzgebung sein muss. Nur so werden die Herausforderungen wie Klimawandel, Waldsterben und der gesellschaftliche Wandel hin zu umwelt- sowie tier- und artenschutzkonformem Handeln zu bewältigen sein.

Hildebrandt und die Berufsjäger reichen Ministerin Eder in dem Offenen Brief die Hand: „Gerne stehen wir der Politik mit unserem Sachverstand rund um die Jagd als Ansprechpartner zur Verfügung.“

Den Brandbrief der Berufsjäger finden Sie online bei uns unter www.ku-rz.de/brief oder wenn Sie den nebenstehenden QR-Code mit der Kamera Ihres Smartphones scannen.



Ärztlemangel: Ist die ambulante Versorgung in Gefahr?

Kassenärztliche Vereinigungen starten bundesweite Kampagne – Aktionen sind auch in Rheinland-Pfalz geplant – Termin in Lahnstein

■ **Rheinland-Pfalz.** Praxis weg, Gesundheit weg: Dies ist die Formel, mit der alle Kassenärztlichen Vereinigungen (KV) in Deutschland konzentriert darauf aufmerksam machen, dass sie die ambulante Versorgung gefährdet sehen. Überall in Deutschland, auch in Rheinland-Pfalz. Eine Protestaktion ist deshalb in Lahnstein geplant.

Bundesweit verbreiten die Interessenvertreter der Ärzte- und Psychotherapeuten in diesen Tagen themengleiche Mitteilungen, in denen sie davor warnen, dass die flächendeckende ambulante gesundheitliche Versorgung auf dem Spiel steht. Auch die KV Rheinland-Pfalz beteiligt sich an dieser Aktion, die mit ihrem bundesweiten Radius bislang einzigartig ist. „Dies zeigt die Dringlichkeit des Themas der ambulanten Versorgung“, erklärt

eine Sprecherin der KV Rheinland-Pfalz gegenüber unserer Zeitung. Die Kampagne läuft denn auch unter dem Titel „#Praxenkollaps – Praxis weg, Gesundheit weg“.

Sei es Rheinland-Pfalz, sei es anderenorts in Deutschland: Fachkräftemangel und die Finanzierung im Gesundheitswesen sind laut der KVs ursächlich dafür, dass die Versorgungslücke weiter wächst. Sinkende Behandlungszeiten, längere Wartezeiten und weitere Wege zu den Praxen, die Erkrankte auf sich nehmen müssen, sind demnach die Folgen.

Es mangelt demnach an medizinischen Fachangestellten (MFA), denen in anderen Bereichen des Gesundheitswesens oft eine bessere Vergütung geboten werden könnte. Es fehlt auch an niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten:

„Das Interesse an der Niederlassung sinkt. Arztpraxen bleiben ohne Nachfolge, wovon besonders die hausärztliche Versorgung betroffen ist“, erklärt Peter Heinz, Vorstandsvorsitzender der KV RLP und Facharzt für Allgemeinmedizin. Der Ärztemangel in Rheinland-Pfalz wird sich laut Heinz in den nächsten Jahren verschärfen. Hierzulande sind laut KV 43 Prozent der Hausärzteschaft 60 Jahre – und älter.

Zunehmend mehr Ärztinnen und Ärzte würden inzwischen eine Anstellung einer eigenen Praxis vorziehen. Diese Entwicklung erklärt die KV mit unattraktiven finanziellen Rahmenbedingungen: eine gedeckelte Vergütung, ständig neue gesetzliche Regularien, eine überholte Bedarfsplanung und überbordende Bürokratie, zählt Andreas Bartels, stellvertretender Vor-

standsvorsitzender der KV RLP, auf. Die Politik sei gefordert, so Bartels und Heinz, sich „endlich mit der ambulanten Versorgung und ihren Bedürfnissen auseinanderzusetzen“. Als wichtige Stellschraube bezeichnen die KVs ein Ende der Budgetierungen von ärztlichen Leistungen. All diese Themen werden am 18. August bei einer Krisensitzung in Berlin besprochen, zu der Vertreter der Ärzte- und Psychotherapeuten aller Bundesländer im Zuge der Kampagne #Praxenkollaps zusammenkommen. Dieser Termin sei als Signal an die Politik gedacht, in erster Linie an Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD), erklärt die Sprecherin der KV RLP.

Gut einen Monat später wird der Protest in Rheinland-Pfalz fortgesetzt: Am Mittwoch, 13. September,

findet in Lahnstein mit „Lahnstein92 – Schluss mit Budgetierung und Bedarfsplanung“ eine weitere Aktion statt, hinter der die KV Rheinland-Pfalz steht. Der Titel bezieht sich auf das Jahr 1992, als der damalige Bundesgesundheitsminister Horst Seehofer (CSU) in Lahnstein den Grundstein für das Gesundheitsstrukturgesetz legte – inklusive der Budgetierung der Leistungen und die Steuerung der Arzt- und Psychotherapeutenzahlen durch die Bedarfsplanung. Gut 30 Jahre später drängen die KVs auf Reformen. Die Protestaktion in Lahnstein ist Teil von „Wir sehen schwarz – für die Zukunft unserer Praxen“ – einer weiteren, seit vergangener Herbst laufenden Kampagne gegen die Sparpolitik in der Gesundheitsversorgung.

Anke Mersmann

Nachts Donner, dann Schauer

Erst am Freitag bessert sich das Wetter bei uns

■ **Rheinland-Pfalz.** Die Menschen in Rheinland-Pfalz müssen auch in den kommenden Tagen bei sommerlichen Temperaturen mit Schauern, Gewittern und örtlich auch Unwettern rechnen. In der Nacht zum Dienstag donnerte es im Norden des Bundeslandes ordentlich, und es regnete stellenweise ergiebig. So wurden an der Wetterstation Andernach beispielsweise zwischen 5 und 8 Uhr insgesamt Niederschlagsmengen von mehr als elf Litern je Quadratmeter registriert, wie aus den Messdaten auf der Seite des Dienstes Wetterkontor hervorgeht. Regnerisch geht es nun weiter, erst am Freitag bessert sich das Wetter. Im Norden wird es heiter – und heiß bei 33 Grad. *dpa, tim*